

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2383

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2383



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Luzern, 16. Januar 2020

Mediencommuniqué

Caritas Schweiz sagt Ja zur Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»

Wer arm ist, findet kaum bezahlbare Wohnungen

Caritas Schweiz spricht sich für die Annahme der Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» aus, über die am 9. Februar abgestimmt wird. Für Armutsbetroffene und Menschen mit tiefen Einkommen wird es immer schwieriger, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Es ist notwendig, dass Bund und Kantone das Angebot von preisgünstigen Mietwohnungen stärker fördern als bisher.

Armut ist oft mit einer prekären Wohnsituation verbunden. Wer über wenig Geld verfügt, weicht auf Wohnungen aus, die zu klein oder in einem sehr schlechten Zustand sind. Enge und teils ungesunde Verhältnisse setzen die Betroffenen unter Druck, verschärfen familiäre Konflikte und beeinträchtigen die Entwicklung der Kinder. Hohe Mieten können zudem in eine Verschuldung führen.

Caritas weist seit Jahren darauf hin, dass die Versorgung mit gutem und günstigem Wohnraum für Menschen mit kleinem Einkommen immer weniger gegeben ist. Zu hohe Wohnkosten sind nach einer Studie der Fachhochschule Nordwestschweiz, die im Rahmen des Nationalen Armutsprogramms erstellt wurde, die Hauptursache für die ungenügende Wohnversorgung für Armutsbetroffene. In einem ausgeglichenen Haushaltsbudget macht die Mietbelastung nicht mehr als 30 Prozent des Einkommens aus. 82 Prozent aller Armutsbetroffenen geben jedoch mehr als ein Drittel fürs Wohnen aus.

Armutsbetroffene werden verdrängt

Bezahlbare Wohnungen zu finden, wird für Armutsbetroffene schwieriger. Dabei spielt auch die Sozialhilfe eine Rolle: Setzt sie die Mietzinsgrenzen in ihrer Gemeinde zu tief an, finden Sozialhilfebeziehende keine Wohnung zu diesen Mietvorgaben. Sie werden gezwungen, in andere Gemeinden oder Kantone mit günstigerem Wohnraum abzuwandern. In den Beratungsstellen der Caritas zeigt sich, dass Armutsbetroffene schon wegen um 50 Franken zu hohen Mieten zum Umzug gezwungen werden. Armutsbetroffene sind mancherorts nicht erwünscht und werden über eine aktive Politik der Verknappung von günstigen Wohnungen verdrängt.

Die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» verfolgt das Ziel, dass sich gesamtschweizerisch mindestens zehn Prozent der neu gebauten Wohnungen im Eigentum von Trägern und Organisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus befinden. Eine solche Vorgabe kann einen Beitrag zur Milderung der Problematik leisten und Menschen mit kleinem Einkommen Zugang zu den günstigeren Wohnungen verschaffen.

*Weitere Auskünfte: Stefan Gribi, Leiter Abteilung Kommunikation, E-Mail sgribi@caritas.ch,
Tel. 041 419 22 37*